

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



Jahrgang 17
2 / 2007

Erinnern
Gedenktag für die Opfer
des Nationalsozialismus

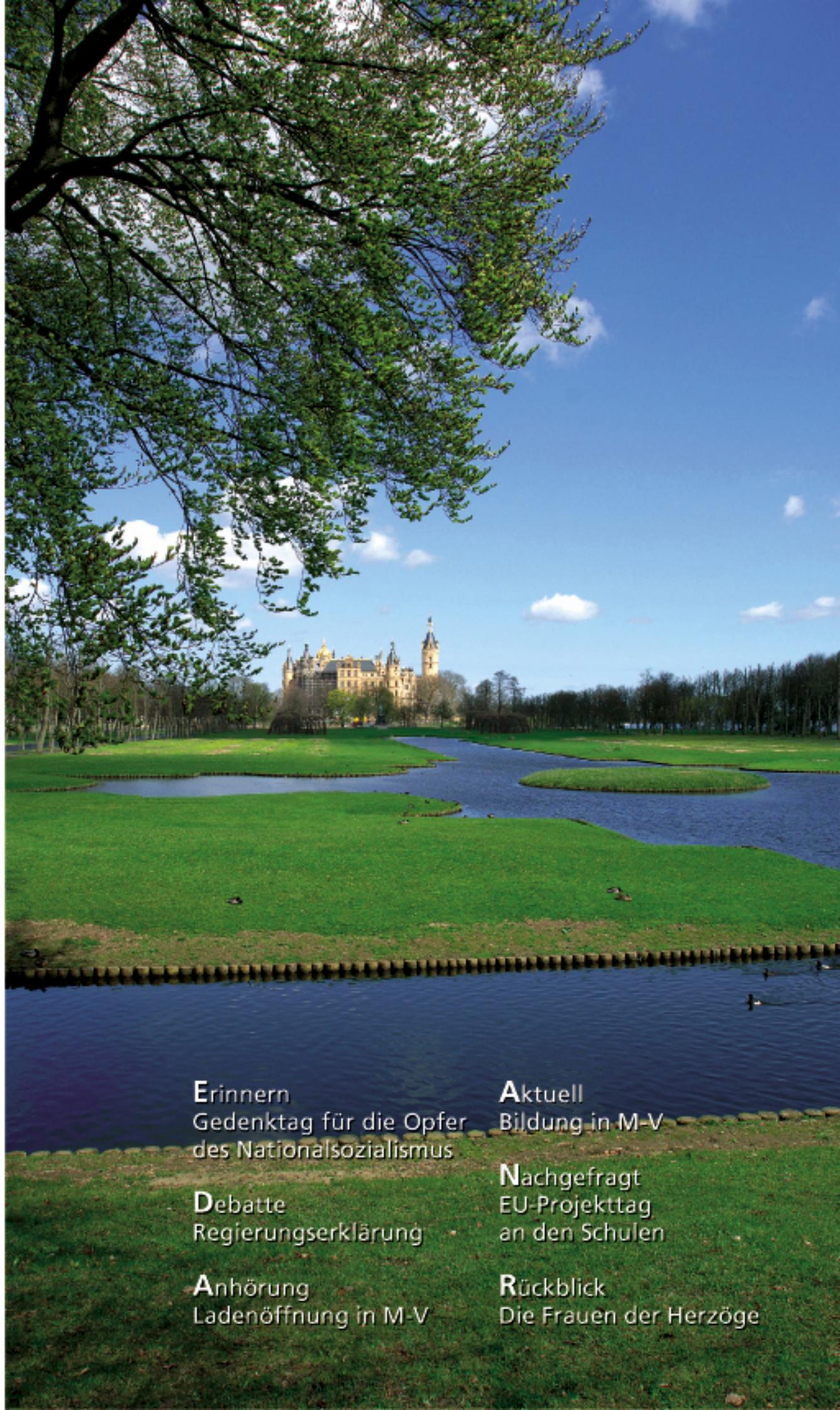
Debatte
Regierungserklärung

Anhörung
Ladenöffnung in M-V

Aktuell
Bildung in M-V

Nachgefragt
EU-Projekttag
an den Schulen

Rückblick
Die Frauen der Herzöge



Inhalt

Spezial	3 – 4
Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus	
Aus dem Plenum	
<i>Aktuelle Stunde:</i>	5 – 6
„Realschulabschluss- und Abiturprüfungen – Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik in M-V“	
<i>Weitere Themen:</i>	7 – 9
Förderung von Klassenfahrten nach Ravensbrück	
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft	
Europäisches Jahr der Chancengleichheit	
G 10-Kommission und SOG-Gremium	
Nachtragshaushalt 2007	
Landesverfassungsschutzgesetz	
<i>Nachgefragt:</i>	10
EU-Projekttag an den Schulen	
<i>Auszüge aus der Debatte:</i>	11 – 16
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	
Aus den Ausschüssen	17
<i>Wirtschaftsausschuss:</i>	
Öffentliche Anhörung	
Ladenöffnungsgesetz	
<i>Innenausschuss:</i>	
Ausschussberatung in Jamel	
Panorama	18
Empfang für Landesrabbiner	
Münzausstellung	
„Geprägte Erinnerung“	
Schlossgeschichten	19
Geliebt, verleumdet, betrogen – die Gattinnen der Herzöge	

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 0385 / 525 2151,
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth
Klörsegang 5, 19053 Schwerin
Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 03 85 / 48 56 3-24

Titelbild:

Frühling im Schweriner Schlossgarten.

Bildnachweis:

Balewski (5/1-2, 6/1-5, 13/1)
Büttner (11/1, 12/1, 14/1, 15/1, 16/1)
Cordes (18/2)
Fraktion der CDU (10/3)
Fraktion der FDP (10/4)
Fraktion der Linkspartei.PDS (10/2)
Fraktion der SPD (10/1)
Kettler (17/2, 20/4)
Kummer (Titelfoto)
Landtagsverwaltung/Lange (2/1)
Landtagsverwaltung/Richter (3/1-2, 4/1-3, 7/1, 8/1,
17/1, 18/1, 20/1-3)
Sandig (19/1-2)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Frische Ideen fehlen

Die Parteien haben getagt, nächtelang haben sie getagt, dann stand die neue Regierung. Es gab überraschende Minister zu bestaunen, übergangene Kandidaten waren zu bedauern. So viel Anfang war in Mecklenburg-Vorpommern lange nicht. Schließlich tauschte die Regierungspartei SPD auch noch den Koalitionär aus – CDU statt Linkspartei.PDS. Aufgewühlt von den Umbrüchen, fieberten die Journalisten der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten entgegen. Der immerhin blieb derselbe: Harald Ringstorff. Er ließ die Medienmeute – wichtiger: die Mecklenburger und Vorpommern – lange warten. Mehr als zweieinhalb Monate lagen zwischen seiner Wahl und der Rede, mit der er die Politik für die kommenden Jahre präsentieren wollte. Ringstorff gab ihr den Titel: „Von einer Entwicklungsregion zur Zukunftsregion in Europa – Mecklenburg-Vorpommern zwischen Kontinuität und Wandel“. Schon an dem Wort „Zukunftsregion“ bleibt man hängen. Ist das eine Region, der es irgendwann in ferner Zukunft gut geht? Oder vielleicht eine Region, in der „Zukunft“ hergestellt wird? Und was lässt den Ministerpräsidenten glauben, dass ausgerechnet Mecklenburg-Vorpommern für „Zukunft“ steht? Ringstorff schob gleich die nächste Leerformel hinter: „...zwischen Kontinuität und Wandel“. Gilt das nicht für alles und jeden? Und zwar immer?

Fünzfzehneindrittel eng beschriebene Seiten umfasste die Rede, mit der Harald Ringstorff seine Ziele zu erklären versuchte. Das wichtigste Thema im Nordosten bleibt die Arbeitslosigkeit. Schon im Wahlkampf hatten sich die Parteien darin überboten, sie zu geißeln, als sei sie eine Wiedergängerin der mittelalterlichen Pest. Was fehlte: frische Ideen, wie Arbeitslosigkeit zu überwinden, mindestens aber zu mildern ist. Dies galt auch für Ringstorffs Rede. Nur als er gegen den Rechtsextremismus wetterte, bekam er ähnlich viel Beifall wie für den Satz: „Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin das größte Problem in unserem Land. Damit, meine Damen und Herren, dürfen und werden wir uns nicht abfinden!“ Aller Empathie zum Trotz: Bei diesem Thema ist kein Aufbruch in Sicht, den die Landesregierung selbst anschiebt.

Als Harald Ringstorff seine Rede vortrug, war der Zuschauerraum des Plenarsaals pickenpackevoll, unter den Gästen viele Schüler. „Ich meine, wir Politiker müssen jede Gelegenheit nutzen, um den Bürgerinnen und



Arne Boecker

Arne Boecker, 44, berichtet seit 2002 für die *Süddeutsche Zeitung* aus Mecklenburg-Vorpommern.

Bürgern politische Zusammenhänge so zu erklären, dass sie auch verständlich werden“, gab sich Ringstorff selber vor – und verfehlte dieses Ziel. Man habe „Schulstrukturen an veränderte Schülerzahlen angepasst“, sagte Ringstorff. Auf dem platten Land kennt man dieses Phänomen, nennt es aber „Schulschließung“. Die „Wertschöpfungslücke von sieben Milliarden Euro“ kann man Otto Normalverbraucher, seiner Gattin und deren Kindern besser erklären: „Wir alle in Mecklenburg-Vorpommern kaufen viel mehr, als wir herstellen.“ Oder wie ist der folgende Satz zu verstehen? „Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst kontinuierlich, diesen Trend wollen wir verstetigen.“ Vielleicht so: „Schön, dass langsam richtige Jobs die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verdrängen. Mehr davon!“

So wie die Länder im Föderalismus an Einfluss verlieren, nimmt die Bedeutung der Landtage ab. Das ist schade, sehr schade. Einer der Gründe: Landtage gerieren sich als kleine Bundestage und kopieren all die Unarten, die sie in Berlin vorgemacht bekommen. Dazu zählt eine Sprache, die den Bürger ausschließt. Oder im Politsprech zu bleiben: „...die den Bürger nicht mitnimmt“. Dies gilt allerdings beileibe nicht nur in Schwerin.

Als Sprachkrittler ist man schon dankbar, wenn man in Harald Ringstorffs Regierungserklärung mal eine Stelle findet, die zum Schmunzeln anregt. Was die Stärken des Landes angeht, wünscht sich der Ministerpräsident „Mund-zu-Mund-Propaganda“. Es ist zu hoffen, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern im Notfall Mund-zu-Mund beatmet wird; „Propaganda“ sollte jedoch besser den Weg Mund zu Ohr nehmen. Es sei denn, Mecklenburger und Vorpommern können besser küssen als argumentieren.

Arne Boecker

Erinnerung wach zu halten ist lebenswichtig

Gedenktag für die Opfer
des Nationalsozialismus

„Schau mal, die Stühle!‘ machte ich Lili aufmerksam, und sie antwortete mit einem gedankvollen Nicken. Gewiss hätten die ‚Zivilen‘ gedacht, wir seien nicht ganz richtig im Kopf, wenn sie meinen erstaunten, sehnsüchtigen Ausruf und Lilis Bewegung bemerkt hätten. Für uns aber, die wir schon nichts anderes mehr kannten als das Lagerleben, die wir seit Monaten und Abermonaten nur auf dem blanken Boden gesessen hatten, waren diese schlichten Möbel wie ein Gedicht voller Nostalgie und Heimweh, denn wo Stühle sind, ist ein Haus, ein Tisch, ein weißes Tischtuch.“

Diese Textpassage aus dem Buch „Der Rauch über Birkenau“ von Liana Millu zitierte Sylvia Bretschneider zu Beginn ihrer Rede am 27. Januar in Malchow, bei der Gedenkveranstaltung des Landes für die Opfer des Nationalsozialismus. Vor rund 100 Gästen erinnerte die Landtagspräsidentin an den 27. Januar 1945, als Truppen der russischen Armee auf ihrem Vormarsch nach Westen das deutsche Vernichtungslager Auschwitz befreiten. Jahrelang waren dort Menschen systematisch gefoltert und mit fabrikmäßiger Präzision ermordet worden. Die meisten von ihnen waren Juden wie Liana Millu, aber auch Polen, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Deserteure, geistig Behinderte, Kranke, Mitglieder von Glaubensgemeinschaften, politisch Andersdenkende und Homosexuelle.

Die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus sei nicht auf einige wenige Orte beschränkt gewesen, betonte Bretschneider. „Überall konnte man sehen, wie die Machthaber die Menschenwürde mit Füßen traten, wie Unmenschlichkeit regierte.“ Juden wie auch politisch Andersdenkenden seien nahezu alle Rechte genommen worden – zunächst das Recht auf Gleichbehandlung und auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, dann das Recht auf Berufsausübung, schließlich selbst auf ausreichend Lebensmittel und letztlich das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf das Leben selbst.

„Es ist lebenswichtig, die Erinnerung wach



In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer der Gedenkfeier der Opfer des Nationalsozialismus. 1. Reihe v.l.: stv. Ministerpräsident Jürgen Seidel (CDU), Landtags-Vizepräsidenten Renate Holznapel (CDU) und Hans Kreher (FDP).

zu halten“, zitierte Bretschneider den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Wenngleich man die Vergangenheit nicht bewältigen und nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen könne, so dürfe man jedoch nicht vor der Vergangenheit die Augen verschließen, mahnte sie. „Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahr.“

Bretschneider warnte, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Wähler zugenommen habe, die für den rechten Ungeist empfänglich seien. Rechtsextreme Par-

teien würden versuchen, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Sie fänden sich auf Dorffesten, bei Bürgerinitiativen und auch im Landtag und präsentierten ihr undemokratisches, menschenfeindliches Gedankengut offensiv einer breiten Öffentlichkeit. „Das ist beschämend für jedes Land und insbesondere für Deutschland, ein Land, von dem im vergangenen Jahrhundert die größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgingen“, sagte die Politikerin.

Die Gründe für ein Wiedererstarken der Rechten seien vielschichtig. „Vielen fehlt heute die instinktive Ablehnung des rechts-



extremen Gedankengutes, die eigentlich jede demokratische Gesellschaft vermitteln sollte“, sagte Sylvia Bretschneider. Vielleicht seien auch Vorbehalte gegen die Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit dieser Feinde der Demokratie beseitigt worden, weil diese ihre wahren Absichten nicht offen darlegen und sich als nette Menschen von nebenan zeigen würden. „Wir haben aber wohl auch in der Politik, in den vielen gesellschaftlichen Bereichen von Schule bis Wirtschaft zu wenig vermittelt, welche Werte unsere Demokratie auszeichnen und dass es sich lohnt, sich für diese Werte einzusetzen“, räumte sie auch Fehler der Politik und Gesellschaft ein.

Die demokratischen Fraktionen von SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP im Landtag hätten die Herausforderungen erkannt und in ihrer gemeinsamen Erklärung ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Zugleich wolle man alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um die Feinde der demokratischen Gesellschaft in ihre Schranken zu weisen.

Bretschneider betonte aber auch, dass es nicht allein die Aufgabe des Landtages sei, Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Es sei vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich ständig mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und dafür einzutreten, ausländerfeindliche, rechtsradikale und antisemitische Gedanken und Gewalt offen und couragiert abzuwehren. „Eltern müssen ihren Kindern Toleranz und Mit-

menschlichkeit vorleben, Schulen und Einrichtungen politischer Bildung müssen mehr als bisher die historische Wirklichkeit, die Ursachen und Folgen von Menschenverachtung und Nationalsozialismus vergegenwärtigen. Niemand darf wegsehen, wenn Gewalt gegen Menschen verübt wird, egal ob der Anlass deren Hautfarbe, deren religiöse und politische Überzeugung oder deren Behinderung ist“, forderte sie unter dem Beifall der Anwesenden.

Sylvia Bretschneider bedankte sich ausdrücklich bei den Lehrern und Schülern der Fleesenseeschule für die hervorragende Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Gedenkveranstaltung. „Sie alle haben sich mit ihrer Mitwirkung auf die Seite der Demokratie gestellt“, sagte sie. „Ihr Engagement ist ein gutes Zeichen dafür, dass wir aus der Geschichte lernen können.“



v.l. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD), Rudolf Borchert (MdL, SPD), Dr. Norbert Nieszery (MdL, SPD)



v.l. Bettina Paetsch (jetzt Landrätin des Müritzkreises), Wolf-Dieter Ringguth (MdL, CDU) und Renate Holznagel (1. Vizepräsidentin des Landtages, CDU)



v.l. Angelika Gramkow (MdL, Linkspartei.PDS), Prof. Dr. Wolfgang Methling (MdL, Vorsitzender der Linkspartei.PDS-Fraktion), Elke-Annette Schmidt, Kandidatin der Linkspartei.PDS für das Amt des Landrates des Müritzkreises.

KZ-Außenlager Malchow

Bei Malchow wurde 1938 eine Munitionsfabrik errichtet, in der neben Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus verschiedenen Nationen auch Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück arbeiten mussten. Zum Kriegsende hin wurde das Lager in Malchow zum Durchgangs- und Evakuierungslager, in dem zeitweise mehrere tausend Menschen unter katastrophalen Bedingungen zusammengepfercht waren. Nach der Befreiung am 2. Mai 1945 sind 375 Tote gefunden worden, die im Wald beim Lager begraben wurden. Kurz nach Kriegsende errichtete man dort einen Gedenkstein – einen Betonquader mit einer Flammenschale. Eine Seite trägt den roten Häftlingswinkel und die Inschrift: Die Toten mahnen. 1995 wurden die Toten vom sowjetischen Friedhof am Neuen Markt auf die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus an der Lagerstraße umgebettet. Mit der Umbettung stellte die Stadt gegenüber dem alten Denkmal einen neuen Gedenkstein auf. Der Findling steht auf einem Feldsteinsockel und trägt die Inschrift: Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus von 1933 – 1945.

Mehr Geld für individuelle Förderung an Regionalen Schulen

Aktuelle Stunde nahm Prüfungsergebnisse unter die Lupe

Die unbefriedigenden Lernergebnisse von Realschülern und Abiturienten haben in der Aktuellen Stunde am 1. Februar 2007 im Landtag zu einer kontroversen Debatte über die Bildungspolitik geführt. Die Prüfungsergebnisse haben sich den Rednern zufolge in den vergangenen Jahren verschlechtert. Zudem sei die Zahl der Lehrlinge, die ihre Ausbildung ohne Abschluss abbrechen, gestiegen. Unterschiedliche Ansichten gab es zur Einführung so genannter Kopfnoten und zur Prüfung in der 10. Klasse des Gymnasiums.

Der CDU-Bildungspolitiker **Marc Reinhardt** plädierte in der von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde für die Einführung von Kopfnoten. Er halte das für eine sinnvolle Maßnahme, um das Sozialverhalten von Schülern zu bewerten. Zudem müssen seiner Meinung nach Teilbereiche wie verstehendes Lesen und „Sachrechnen“ verbessert werden. An den Schulen sei nach dem „Strukturchaos der letzten anderthalb Jahrzehnte“ nun Kontinuität wichtig. Er dankte dem neuen Bildungsminister, dass er gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Deregulierungsoffensive gestartet habe.

Bildungsminister **Henry Tesch** kritisierte, dass es bislang ab Klasse 7 keine gesonderten Förderstunden gebe. Die unbefriedigenden Lernergebnisse an den Regionalen Schulen sollen künftig mit mehr individueller Förderung verbessert werden. Für 2007 seien jetzt Mittel für 100 zusätzliche Lehrerstellen bewilligt worden. Vom kommenden Schuljahr an soll es den Schulen möglich sein, über den Einsatz dieser Mittel selbst zu entscheiden. Durchschnittlich nur Gesamtnoten um die 3 und Notendifferenzen zwischen Einzelschulen zwischen 1,8 und 1,9 Notenstufen halte er nicht auf Dauer für hinnehmbar. Tests bestätigten zudem, dass mehr als 20 Prozent der Schüler schlecht lesen, schreiben und rechnen können. Der Anteil der Schulabsolventen ohne Abschluss sei in den vergangenen zehn Jahren im Land von 5,6 auf

11 Prozent gestiegen. Ein Viertel der Lehrlinge breche die Ausbildung ab, das sei die zweithöchste Abbrecherquote in Deutschland. Auch dies sei eine Folge mangelnder Kompetenzen.

Prüfungsergebnisse allein sind nach Ansicht von SPD-Bildungsexpertin **Heike Polzin** kein Bewertungsmaßstab für die Qualität einer Schule. Dazu zählten wesentlich mehr Kompetenzen eines Schülers als die Tagesform zur Prüfung. Zu einer guten Schule gehöre auch ein störungsfreier Unterricht mit motivierten Schülern. Auffallend sei, „dass uns die Jungen zuhauf hinten herunterfallen“, sagte die Abgeordnete. Im vergangenen Jahr legten im Land knapp 4000 Mädchen das Abitur ab, aber nur knapp 3000 Jungen. Viele Jungen würden gar keinen oder nur den Hauptschulabschluss schaffen. Heike Polzin sieht darin ein Gleichstellungsproblem, wie sie in der Debatte sagte.

Andreas Bluhm (Linkspartei.PDS) forderte Kontinuität in der Bildungspolitik. Es müsste alles unternommen werden, um die so genannte Abbrecherquote in Schule und Ausbildung zu senken. Bei diesem Ziel sei sich seine Fraktion mit der CDU einig. Die Einführung von Kopfnoten lehnte der Landtagsvizepräsident jedoch kategorisch ab. Andere Länder kämen auch ohne aus. Er forderte, sowohl die Einzelschule als auch „das System in Gänze“



Marc Reinhardt (CDU)



Bildungsminister Henry Tesch

zu stärken. Feste Strukturen, wie sie beispielsweise mit dem längeren gemeinsamen Lernen geschaffen wurden, seien wichtig. Zur Qualitätsentwicklung gehöre aber mehr. Als Beispiele nannte er die Ausbildung der Lehrer, die Öffnung der Schule für die Gesellschaft, die höhere Motivation der Lehrer und die stärkere Einbeziehung der Eltern.

Verlässlichkeit und Kontinuität in der Bildungspolitik sind nach Ansicht des FDP-Abgeordneten und Vizepräsidenten des Landtages **Hans Kreher** wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der Qualität. Selbstständige Schulen, die Stärkung der Stellung von Lehrern und Eltern seien ganz entscheidende Bedingungen dafür, dass sich „vor Ort etwas entwickeln kann“. Mit der Unterstützung von Einzelschulen werde auch das System als Ganzes gestärkt. Als Liberaler lehne er „Schulkombinate“, also große Klassen, in denen Lehrer nicht auf den einzelnen Schüler eingehen können, ab. Um die Lehrer besser zu motivieren, forderte er die Abschaffung des „unseligen Lehrpersonalkonzepts“. Er sprach sich außerdem für die Schaffung von Ganztagschulen aus.

Michael Andrejewski (NPD) sieht in einem „maßlos überhöhten Notenstandard“ einen Grund für schlechteres Abschneiden von Schülern in bestimmten Regionen. Er forderte, wie in Bayern und Baden-Württemberg „ver-

beamteten Lehrerstand“ statt „pädagogisches Tagelöhnerum“ einzuführen. Es gebe genug Unterrichtskräfte, die sich „von Stunde zu Stunde hangeln“ müssten. Ein „pädagogisches Prekariat“ helfe nicht weiter. Er halte es für einen großen Fehler, dass viele Lehrer noch nicht einmal „geregelte Arbeitsstunden oder eine sichere Perspektive haben, sondern so eine Art ewige Aushilfslehrer sind“.

Jörg Vierkant (CDU) sprach vor allem das Thema Prüfungen in der 10. Klasse am Gymnasium an. Er hält die „so genannte Prüfung“ für pädagogisch nicht tragbar, weil die Klasse 10 eine Brückenfunktion zwischen Einführungs- und Qualifizierungsphase innehat. Deshalb seien die Lehrer in dieser Zeit ganz besonders darauf ausgerichtet, die Schüler mit komplexen Lernmethoden vertraut zu machen. Dazu gehörten auch Projektarbeit und selbstständige Arbeit. Dieser Stil werde durch die Prüfungen „jäh unterbrochen.“



Hans Kreher (FDP)



Michael Andrejewski (NPD)



Heike Polzin (SPD)



Andreas Bluhm (Linkspartei.PDS)



Jörg Vierkant (CDU)

Werbung für Europa

Anträge zu Europa und Chancengleichheit angenommen

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bekannte sich zu einem demokratischen, sozialen Europa und forderte die Landesregierung auf, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv zu begleiten. Ein entsprechender Antrag von SPD und CDU wurde am 31. Januar mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Änderungsanträge der Linkspartei.PDS sowie der NPD wurden abgelehnt.

Der Fraktionschef der Linkspartei.PDS, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, forderte eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung. Von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwarte seine Partei auch „konstruktive Initiativen für eine nachhaltige Energiepolitik“. Er habe sich einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller demokratischen Parteien im Landtag gewünscht. Dies sei aber „insbesondere am Widerstand der CDU“ gescheitert.

Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** warb für eine breite Unterstützung der europäischen Integration. „Eine gemeinsame Zukunft in Europa kann nur gelingen, wenn wir uns vom Geist der Verständigung und Versöhnung leiten lassen“, sagte er. Revanchistischen Äußerungen, wie sie von der im Parlament vertretenen NPD in Bezug auf Polen kämen, erteilte er eine klare Absage: „Wir lassen es nicht zu, dass Einzelne mit rückwärtsgewandtem Denken und Geschichtsverfälschung eine gedeihliche gemeinsame Zukunft behindern.“ Diese Position habe er auch bei seinem Besuch als Bundesratspräsident jüngst in Polen deutlich gemacht. Ringstorff erinnerte daran, dass Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren von der finanziellen Unterstützung der EU profitiere. Ohne diese Hilfe wäre das Land „lange nicht so weit, wie wir heute sind.“ Bis zum Jahr 2013 bekomme Mecklenburg-Vorpommern für die Förderung der Wirtschaft weitere 2,5 Milliarden Euro aus Brüssel. „Das ist europäische Solidarität.“ Kritisch äußerte sich Ringstorff zu der Vielzahl von Vorschriften: „Nicht jede Regelung, die wir für die Organisation unseres täglichen Lebens benötigen, muss auf EU-Ebene gemacht werden.“

Alle seriösen Kräfte im Landtag seien für das geeinte Europa, betonte **Sebastian Ratjen** (FDP). Aber die vorliegenden Anträge von Koalitionsfraktionen und Linkspartei würden ein „Europa der schönen Worte“ propagieren. Er hege die Befürchtung, wenn die EU weiterhin

nur schöneredet werde, wachse die Skepsis. „Die Demokratie ist nur dauerhaft lebensfähig, wenn sie auf dem Willen der Bürgerinnen und Bürger beruht“, sagt er. Das gelte insbesondere für die Europäische Union.

Zentrales Anliegen der EU-Ratspräsidentschaft müsse es sein, die Menschen wieder mehr für Europa zu gewinnen, betonte der CDU-Abgeordnete **Werner Kuhn**. Die Bürger müssten spüren, dass „wir alle Europa brauchen“. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, den Abbau der Bürokratie zu beschleunigen und die „Rechtssetzung“ zu verbessern. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sei ein gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern.

Die NPD lehnt die EU nach den Worten ihres Redners **Raimund Borrmann** als „bürokratisches Monster“ ab. Seine Fraktion forderte in einem Antrag beispielsweise ein Ende des „Projektes einer EU-Verfassung“. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Detlef Müller (SPD) regte alle demokratischen Kräfte an, sich aktiv in den Einigungsprozess einzubringen. „Europa tut MV gut“, betonte er.

Bislang würden die Menschen mehr Ängste als Chancen mit der EU verbinden, sagte dagegen **Barbara Borchardt** (Linkspartei.PDS). „Hier tragen wir gemeinsam eine Verantwortung“, hob sie vor dem Parlament hervor. Ihre Partei lehne den vorliegenden Entwurf zur Verfassung ab. In eine Europäische Verfassung gehören ihrer Auffassung nach „soziale, steuerliche und

ökologische Mindeststandards.“ Die EU müsse nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Sozial- und Wertegemeinschaft definiert werden.

EU-Ratspräsidentschaft

Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2007 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission werden die laufenden Geschäfte der Union geleitet, die vorliegenden Beschlüsse umgesetzt, neue Impulse gegeben. Auch die Außenvertretung Europas in der Welt gehört zu den Aufgaben der halbjährlich wechselnden Präsidentschaft, die Deutschland zwischen der Vorgängerpräsidentschaft Finnland und der Nachfolgepräsidentschaft Portugal aktuell dazu nutzen möchte, Akzente für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunft Europas sowie in der Diskussion um eine europäische Verfassung zu setzen. Unter dem Titel „Europa gelingt gemeinsam“ hat die Bundesregierung ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm vorgelegt. Übrigens sorgt Mecklenburg-Vorpommern, wie die anderen Bundesländer, unter anderem für das vielfältige kulturelle Rahmenprogramm: Die Neubrandenburger Philharmonie gastiert am 29. März in Brüssel.
www.europa2007.de

Sejmik-Präsidium Westpommern zu Gast



Am 13. März weilte das neue Präsidium des Sejmik Westpommern zu seinem Antrittsbesuch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Sowohl der neue Sejmikvorsitzende Michał Łuczak (5.v.r.) als auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (M.) bekräftigten die feste Absicht ihrer Parlamente, die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit nahtlos fortzuführen. Bereits Ende März trifft man sich in Stettin wieder, um zusammen mit dem Landtag Schleswig-Holstein und dem Sejmik Pommern das 5. Parlamentsforum „Südliche Ostsee“, das vom 20. bis 22. Mai in Gdansk stattfinden wird, vorzubereiten.

Chancengleichheit für alle

Europäisches Jahr der Chancengleichheit auch in M-V

Auf der Landtagsitzung am 1. Februar stand erneut ein EU-Thema auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten überwiesen den Antrag der Linkspartei.PDS „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“ mit großer Mehrheit zur Beratung in die Fachausschüsse.

Mit dem Antrag wolle ihre Fraktion die politisch Verantwortlichen auffordern, das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ auch in Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen, um die Integration von Menschen unterschiedlicher Lebenssituationen in die Gesellschaft zu befördern und das Verständnis für sie in der Bevölkerung zu vermehren, sagte **Irene Müller** (Linkspartei.PDS), die den Antrag für ihre Fraktion einbrachte. Sie forderte das Land auf, für entsprechende Initiativen zu sorgen. Geld stehe dafür unter anderem aus EU- und Bundesmitteln zur Verfügung.

Sozialminister **Erwin Sellering** sagte bei dem Ziel, die Chancengleichheit zu fördern, die Unterstützung der Regierung zu. Das Thema ziehe sich wie ein roter Faden durch alle Gesetze, Programme und Konzeptionen. Er sprach sich aber gegen einmalige Aktionen aus. Es sollten vielmehr all diejenigen unterstützt werden, die etwas veranstalten wollen, die aufmerksam machen wollen auf Probleme. „Allerdings sollten wir nicht schon wieder einen neuen Bericht beschließen“, sagte er an die Adresse der Linkspartei. Im jährlichen Europa-Bericht der Landesregierung werde dieses Thema enthalten sein.

Der FDP-Abgeordnete **Sebastian Ratjen** betonte, dass seine Partei selbstverständlich gegen Diskriminierung sei. Er warnte allerdings davor, „dass unser Kampf gegen Diskriminierung irgendwo unter Zwischenberichten, Abschlussberichten, Papers und Nonpapers untergeht“.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung und SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann** bezeichnete die Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe, bei der es jedoch mit der konsequenten Umsetzung hapere. Wichtiger als Aktionismus sei bei der Erfüllung dieser Aufgabe Kontinuität. Dafür wolle sie sich einsetzen.

Beate Schlupp (CDU) unterstrich, das auch ihre Fraktion die von der EU angesprochenen Themen für außerordentlich wichtig hält.

„Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind für unser Gemeinwesen die Basis für seine Weiterentwicklung, für unseren Fortschritt und Wohlstand“, betonte sie. Der vorliegende Antrag allerdings sei zumindest in großen Teilen „Lyrik“.

Raimund Borrmann (NPD) lehnte für seine Fraktion den Antrag „aufgrund seiner inneren Widersprüche“ ab.

Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten

Landtag prüft Finanzhilfen

Der Landtag sucht nach Wegen zur finanziellen Unterstützung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. Ein entsprechender Antrag der Linkspartei.PDS wurde am 1. Februar mit den Stimmen aller Fraktionen außer der NPD zur Beratung an den Bildungs- und an den Finanzausschuss überwiesen.

Der Besuch einer Mahn- und Gedenkstätte wie das ehemalige Konzentrationslager Ravensbrück sei durch keine Geschichtsstunde zu ersetzen, begründete Landtagsvizepräsident **Andreas Bluhm** den Antrag seiner Fraktion. „Solche Besuche sind eine Möglichkeit, die Orte zu zeigen, an denen die Nazis ihre perfide und unmenschliche Vernichtung von Millionen Menschen wegen ihrer politischen Anschauung, ihres religiösen Bekenntnisses oder ihrer ethnischen Herkunft staatlich organisiert haben“, betonte er. In Verbindung mit einer gründlichen Vor- und Nachbereitung der Besuche würde das Geschichtsbewusstsein der Jugendlichen gestärkt und Demokratieverständnis, Toleranz und Urteilsvermögen entwickelt werden. Für diese Klassenfahrten müsse wenigstens ein Zuschuss gewährt werden.

Bildungsminister **Henry Tesch** bedauerte, dass für solche Fahrten bisher kein Haushaltstitel existiert und in den vergangenen acht Jahren auch nicht existierte, in denen die Linkspartei.PDS an der Landesregierung beteiligt war. „Wir hätten ihn gerne weitergeführt“, sagte der Minister. Gedenkstättenfahrten dürfen nach seiner Auffassung allerdings keine Pflichtveranstaltungen sein. „Ein verordneter Gedenkstätten-tourismus würde, wie aus DDR-Zeiten bekannt, nicht zum gewünschten Erfolg führen“, sagte er. Er fordere vielmehr ein differenziertes, individuelles Herangehen an dieses Thema und appel-

lierte an das Parlament, gemeinsam eine Lösung zu finden, die dem Anliegen wirklich gerecht werde.

Vizepräsident **Hans Kreher** (FDP) unterstützte im Namen seiner Fraktion das Anliegen grundsätzlich. Die Erfahrungen der Vor-generationen müssten weitergegeben werden, „damit wir nicht Fehler der Vergangenheit wiederholen“, sagte er. Dies sei umso wichtiger, als gegenwärtig „die Bedrohung unserer demokratischen, weltoffenen, freien Gesellschaft durch gerade dieses Leugnen der Vergangenheit offensichtlich“ sei, sagte Kreher in Richtung NPD-Fraktion. Auch er sprach sich für ein differenziertes Herangehen aus. Es gehe nicht um die Einengung der deutschen Geschichte auf zwölf Jahre. Trotzdem werde seine Fraktion der Überweisung in die Ausschüsse zustimmen. Grundsätzliche Zustimmung kam auch von

Ravensbrück-Projekt des Landtages

Seit 1995 laden der Präsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und der Präsident des Landtages Brandenburg je eine Schulklasse beider Länder zu einer gemeinsamen Begegnungsfahrt in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück ein. Ziel ist es, die Jugendlichen durch die intensive Beschäftigung und Auseinandersetzung mit einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte zu sensibilisieren für die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft wie Demokratie, persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen, Toleranz gegenüber Minderheiten, konsequentes Auftreten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus. Kernstück des Projektes ist die persönliche Begegnung mit Frauen, die im KZ Ravensbrück inhaftiert waren.



Teilnehmer des Landtagsprojektes „Begegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ im Gespräch mit der Zeitzeugin Batsheva Dagan aus Israel.

der CDU-Fraktion. Ihr Redner **Marc Reinhardt** kritisierte jedoch die Beschränkung auf bestimmte Gedenkstätten. „Warum sollen nur KZ-Gedenkstätten zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses gut sein?“, fragte er. Er fordere die Auseinandersetzung mit allen Diktaturen und sehe dabei jeden einzelnen Abgeordneten in der Pflicht. Die Überweisung in die Ausschüsse verbinde seine Fraktion mit einem Anschub „für eine gewisse Neuordnung der politischen Bildung“. **Birger Lüssow** (NPD) bezeichnete den Antrag der Linkspartei als „überflüssig“ und „geschichtsverzerrend“. „Ihre einseitige Vergangenheitsbewältigung und der von Ihnen betriebene einseitige Schuld kult wird von der deutschen Jugend so nicht mehr akzeptiert“, sagte er. Seine Fraktion fordere, gleichzeitig auch Klassenfahrten zu Gedenkstätten für deutsche Opfer staatlich zu finanzieren. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde einhellig von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Gremien-Wahlen

G10-Kommission

Die Arbeit dieser Kommission bezieht sich auf den Artikel 10 des Grundgesetzes, in dem das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis festgeschrieben ist.

Mitglieder:

Jochen Schulte (SPD)

Dr. Henning von Storch (CDU)

Peter Ritter (Linkspartei.PDS)

Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Norbert Nieszery (SPD)

Wolf-Dieter Ringguth (CDU)

Barbara Borhardt (Linkspartei.PDS)

Die NPD-Fraktion hatte als Kandidaten für diese Kommission ihren Abgeordneten Udo Pastörs sowie als stellvertretendes Mitglied Birger Lüssow aufgestellt. Beide erhielten mit jeweils sechs Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit.

SOG-Gremium

(Gremium gemäß § 34 des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern)

Um Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit von Personen abzuwehren, darf die Polizei auch technische Mittel zur Erhebung perso-

nenbezogener Daten in oder aus Wohnungen oder aus Vertrauensverhältnissen einsetzen, wenn dies zuvor durch eine richterliche Anordnung genehmigt wurde. Über die Zahl und Art solcher Einsätze hat das Innenministerium das SOG-Gremium des Landtages jährlich zu informieren. Entsprechend unterrichtet das Justizministerium dieses Gremium über Maßnahmen, die auf der Grundlage der Strafprozessordnung (§ 100c Abs. 1 Nr. 3) erfolgten.

Mitglieder:

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD

Dr. Norbert Nieszery, SPD

Wolf-Dieter Ringguth, CDU

Peter Ritter, Linkspartei.PDS

Gino Leonhard, FDP

Die NPD-Fraktion hatte als Kandidaten für dieses Gremium ihren Abgeordneten Michael Andrejewski aufgestellt. Dieser erhielt mit sechs Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit.

Sondersitzung

Landtag ändert
Verfassungsschutzgesetz

Die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages, die die Arbeit des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert, besteht künftig aus sechs Mitgliedern.

Dies beschloss der Landtag in seiner 13. Sitzung am 14. März. Zwei Mitglieder der Kommission müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Mit dieser „Soll-Vorschrift“ werde die „angemessene Vertretung der Opposition“ sichergestellt, sagte der Vorsitzende des Innenausschusses **Dr. Norbert Nieszery** im seiner Begründung.

Bisher bestand die PKK aus fünf Abgeordneten, von denen SPD und CDU je zwei, die Linkspartei.PDS ein Mitglied stellte. Die Regierungskoalition begründete die Vergrößerung des Gremiums um einen Sitz damit, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes insbesondere wegen der Terrorabwehr gestiegen seien.

Die Wahl der Mitglieder der PKK erfolgt jeweils zu Beginn einer neuen Wahlperiode. Die Mitglieder müssen Abgeordnete sein, dürfen aber nicht der Landesregierung angehören.

Nachtragshaushalt 2007

Am 14. März behandelte der Landtag den Nachtragshaushalt für 2007 in erster Lesung.

Änderungen gegenüber den ursprünglichen Planungen waren u.a. wegen der Kosten für den G8-Gipfel notwendig geworden. Da die Steuereinnahmen höher ausfallen als ursprünglich berechnet, kann das Land auch die Zuweisungen an die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen sowie zusätzliche Mittel in die schulische Bildung investieren. Erstmals will das Land keine neuen Schulden aufnehmen. Der Gesamthaushalt für 2007 hat ein Volumen von 6,97 Mrd. Euro.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.



Das Handbuch des Landtages M-V erhalten Sie kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtages, Tel. 0385 / 525-2113, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de.

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag der NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt GmbH erhalten Sie kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages (online unter www.bundestag.de)

Wie sehen Jugendliche Europa?

Abgeordnete des Landtages beim Europa-Projekttag dabei

Was bringt uns die Europäische Union? Welchen Vorteil haben wir von der EU? Warum brauchen wir eine Verfassung für alle Mitgliedsstaaten der EU? Was wird durch die Europäische Union gefördert? Diese und andere Fragen rund um das Thema Europa diskutierten Abgeordnete des Landtages mit Schülerinnen und Schülern am EU-Projekttag, der auf Initiative der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder Ende Januar in vielen Schulen auch in Mecklenburg-Vorpommern stattfand.

Anlass für die Initiative war die Tatsache, dass Deutschland seit dem 1. Januar 2007 für sechs Monate den Vorsitz der Europäischen Union innehat. Während dieser Zeit hat Deutschland noch stärker als sonst die Möglichkeit, europäische Politik entscheidend mit zu gestalten sowie die eigenen Bürgerinnen und Bürger für das Thema Europa zu interessieren. Abgeordnete der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP haben bei ihren Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern im Wesentlichen zwei Erkenntnisse gewonnen:

Die meisten Jugendlichen stehen der EU sehr offen gegenüber. Insbesondere die Reisefreiheit und den Wegfall von Grenzkontrollen sehen sie als großen Gewinn an und nutzen ihn als eine Selbstverständlichkeit. Die viel besseren Möglichkeiten des persönlichen Kennenlernens und die verstärkte Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sind für sie wichtige Faktoren für das friedliche Zusammenleben in Europa.

Die Gespräche haben aber genauso gezeigt, dass auch bei den Schülern ein Akzeptanzproblem gegenüber Europa besteht. Europa ist für die Jugendlichen im Alltag zu wenig greifbar, sie können konkret zu wenig damit anfangen. Vier Abgeordnete des Landtages haben ihre Beobachtungen und Erkenntnisse für *LandtagsNachrichten* zusammengefasst:



Heike Polzin, stellvertretende Vorsitzende der



SPD-Fraktion, besuchte am 22. Januar das Ernst-Barlach-Gymnasium in Schönberg und sprach mit Schülerinnen und Schülern der 11. und 12. Klasse. Themen waren die Anerken-

nung von Studienabschlüssen im Ausland, Landes-Stipendien für ein Auslandsstudium sowie die unterschiedlichen Schulsysteme und -abschlüsse in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten. Als positiv bewerteten die Jugendlichen die Freizügigkeit beim Reisen und die Möglichkeiten, durch den Schülertausch Land, Leute und Sprache besser kennen zu lernen. Auch sei die Zusammenarbeit bei internationalen Projekten leichter geworden ist, und das Zusammenwachsen der Völker sichere den Frieden in der Welt. Als Probleme sahen die Schüler die starke Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Billiglohnkräfte, den oftmals schwierigen Integrationsprozess und das Erstarken des Rechtsextremismus als „nationale“ Antwort auf die Globalisierung.

Barbara Borchardt, europapolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS,



diskutierte mit Schülerinnen und Schülern der 12. Klasse des Goethe-Gymnasiums Schwerin vor allem über die Förderung von Studium und

Ausbildung durch die Europäische Union. Ihr Fazit: Die Schülerinnen und Schüler stehen der Europäischen Union sehr offen gegenüber. Sie sehen in der weiteren Entwicklung der Europäischen Union eine persönliche Chance für ihr berufliches Fortkommen. Zugleich aber sei Europa für viele Schülerinnen und Schüler, insbesondere was die politischen Entscheidungen betrifft, sehr fremd, bürokratisch und undurchschaubar. Sie befürchten vor allem für ihre Eltern Nachteile bei der Erhaltung des Arbeitsplatzes bzw. bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wolfgang Waldmüller, CDU-Fraktion, war



in der Fritz-Reuter-Realschule in Parchim in der Klassenstufe 10. Im Mittelpunkt seines Gesprächs stand die Bedeutung der EU für Mecklenburg-Vorpommern. Weitere Themen waren

der G 8-Gipfel in Heiligendamm, die Lehrstellsituation in der Region und auch die Frage, ob man Cannabisprodukte legalisieren soll oder nicht. Er habe erläutert, wie viel Geld aus Brüssel direkt ins Land fließe und wie die Bürgerinnen und Bürger davon profitieren. Die positiven Aspekte der EU ganz konkret für Mecklenburg-Vorpommern seien von den Schülern durchaus aufgenommen worden und waren den meisten bislang so nicht bekannt. Die Gespräche hätten aber auch gezeigt, dass auch bei den Schülern ein Akzeptanzproblem gegenüber Europa besteht. Europa sei im Alltag zu wenig greifbar, Brüssel zu weit weg, man könne konkret zu wenig damit anfangen.

Sebastian Ratjen, FDP-Fraktion und stellvertre-



retender Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, diskutierte mit Schülerinnen und Schülern des Schweriner Goethe-Gymnasiums über ihre Visionen für Europa. Dass die Euro-

päische Union die Zukunft für Europa ist, stand für die meisten außer Frage. Wie dieses vereinte Europa konkret aussehen soll, darüber gingen die Meinungen auseinander: Während die einen eine reine Wirtschaftsunion favorisierten, hielten andere ein vereinigtes Europa nach dem Modell der Vereinigten Staaten von Amerika für denkbar. Manche Schüler äußerten Befürchtungen, dass die EU zu groß sei und sich dies negativ auf die eigene Kultur und Sprache auswirken könne. Viele Entscheidungen in Brüssel sind außerdem nach Meinung der Jugendlichen nicht ausreichend legitimiert.

Mecklenburg-Vorpommern auf Weg zur Zukunftsregion

Ministerpräsident Ringstorff hält Regierungserklärung im Parlament

Mecklenburg-Vorpommern ist nach Überzeugung von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff „auf dem Weg von einer Entwicklungsregion zu einer Zukunftsregion in Europa“. Die neue SPD/CDU-Koalition werde sich mit ganzer Kraft für das Land einsetzen, versicherte er am 31. Januar in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag. Der Ministerpräsident, der seit Anfang November eine große Koalition führt, erläuterte in der Rede erstmals vor dem Parlament die grundsätzlichen Ziele der neuen Regierung. Sprecher der Oppositionsparteien bemängelten, dass es der SPD/CDU-Landesregierung in den ersten knapp drei Monaten nicht gelungen sei, eine Aufbruchstimmung im Land zu erzeugen. LandtagsNachrichten dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
„Wir wollen eine Zukunft aus eigener Kraft“



[...] „Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem Weg von einer Entwicklungsregion zu einer Zukunftsregion in Europa. [...] Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen die Themen Arbeit, Bildung, Familie, Wirtschaft und Finanzen sowie die Bewältigung des demografischen Wandels. [...] Durch eine konsequente Haushaltskonsolidierung und zusätzliche Steuereinnahmen haben wir bereits in diesem Jahr zur Finanzierung unseres Haushalts keine neuen Kredite mehr aufnehmen müssen. Damit hat das Land gemeinsam mit Sachsen und Bayern als erstes Bundesland einen ausgeglichenen Haushaltsabschluss erreicht. [...]

Zukunft heißt: Investieren in Bildung und Familie. [...] Wir brauchen eine Familienpolitik,

die Eltern stark macht und so die Schule unterstützt. [...] Im Mittelpunkt dieser Politik steht ein „Pakt für Familie und Kinder“, der [...] Mecklenburg-Vorpommern zum familienfreundlichsten Bundesland machen soll. [...] Die Entwicklung unserer Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

[...] Meine Damen und Herren, Zukunft heißt: Investieren in Ausbildung. [...] Ich appelliere an die Wirtschaft: Bilden Sie heute aus und sorgen Sie so vor für morgen! [...]

Die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns wird von unseren Hochschulen entscheidend mitgeprägt und gestaltet. [...] Wir brauchen die Kreativität und Innovationskraft unserer jungen Nachwuchswissenschaftler zur Gestaltung unseres Landes. [...]

Zukunft heißt: Wirtschaftsförderung optimieren. Dazu wollen wir sie noch stärker als bisher an die Schaffung von Arbeitsplätzen binden, vorhandene Förderprogramme und Institutionen konzentrieren, Verfahren vereinfachen und weiter straffen mit dem Ziel, Investoren und Existenzgründern kompetente Ansprechpartner und transparente Programme anzubieten. [...]

[...] Im Tourismus beispielsweise schreiben wir seit Jahren Erfolge. [...] Doch auch hier

gilt: Wer aufhört, besser zu werden, hört bald auf, gut zu sein. [...] Und dabei kommt es auf die weitere Steigerung der Qualität, Kompetenz und auch der Bekanntheit an. [...]

Den G8-Gipfel in Heiligendamm und die zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin werden wir nutzen, um Mecklenburg-Vorpommern als modernes, weltoffenes, gastfreundliches und lebenswertes Bundesland zu präsentieren.

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

[...] Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern spielt seit jeher auch die Land- und Ernährungsgüterwirtschaft eine wichtige Rolle. [...] In den kommenden Jahren gilt es, diese hervorragende Wettbewerbsposition unseres Landes international zu behaupten und auszubauen. [...]

Zukunft heißt: Investieren in die Kultur. Kultur schafft Lebensqualität und Identität, sie stärkt das Heimat- und Selbstwertgefühl der Bürgerinnen und Bürger. [...] Wichtig ist, dass Kinder schon früh an Kunst und Kultur und auch an unterschiedliche Kulturen herangeführt werden und lernen: Was fremd erscheint, muss nicht bedrohlich sein. Es kann auch eine Bereicherung sein.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD: Es kann!)

[...] Meine Damen und Herren, Zukunft heißt auch: Die Chancen in einem erweiterten Europa und im norddeutschen Raum konsequent nutzen. [...]

Die Demokratie braucht das Engagement, die Ideen und die Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dazu zählt auch das ehrenamtliche Engagement in den Städten und Gemeinden, in zahlreichen Verbänden und Vereinen des Landes. [...] Eine starke und engagierte Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern ist zugleich die beste Versicherung gegen jede Form von Extremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

[...] Meine Damen und Herren, wir sind uns bewusst, die große Mehrheit in unserem Land hält nichts von den neuen Nazis, und das völlig zu Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zuruf von der NPD: Gibt es hier welche?)

[...] Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz. Das müssen wir unseren Kindern, den Jugendlichen, aber auch den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eindringlich vermitteln – in der Familie, im Freundeskreis, in den Bildungseinrichtungen, in den Vereinen und Verbänden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, Linkspartei.PDS, und Stefan Köster, NPD)

[...] Alle sind gefordert: Familie, Schule, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände und auch die Medien. Die Landesregierung wird die Jugendarbeit gezielt verstärken, die Aufklärung und die politische Bildungsarbeit intensivieren, um alle gesellschaftlichen Kräfte gegen den Rechtsextre-

mismus zu mobilisieren. Der Handlungsrahmen für mehr Demokratie und Toleranz wird konsequent umgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

[...] Wir haben in den nächsten Jahren aber auch noch sehr viel vor. Die neue Landesregierung hat ein klares Zukunftsbild und will dieses in den nächsten Jahren mit praktischen und ganz konkreten Schritten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land umsetzen. Wir wollen eine Zukunft aus eigener Kraft und gemeinsam mehr für unser Land erreichen [...].“

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Linkspartei.PDS:

„Oppositionsrolle mit Herz und Verstand ausfüllen“



„Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass Sie, Herr Ministerpräsident, sich entschlossen haben, in dieser Sitzung des Landtages eine Regierungserklärung abzugeben [...] Den ersten Schwerpunkt widmet der Ministerpräsident der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. [...] Was soll aber aus den vielen Menschen werden, die bei allen Anstrengungen keinen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden werden? Wir brauchen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, und zwar dauerhaft. Wir wissen doch alle, dass es Aufgaben gibt, die für privatwirtschaftliches Engagement nicht interes-

sant sind, die im gesellschaftlichen Interesse jedoch dringend erledigt werden müssen – im sozialen Bereich, im Umwelt- und Naturschutz, in der Jugendarbeit, im Kulturbereich, in vielen Kommunen [...]

Die von Ihnen dargelegten Bemühungen zur Verzahnung von Bildung mit allen Lebensbereichen hin zu einer ständig lernenden Gesellschaft begrüßen wir außerordentlich [...] Letztlich hat es uns nicht überrascht, dass das längere gemeinsame Lernen nach der 6. Klasse in den Koalitionsverhandlungen so schnell geopfert worden ist [...]

Wir sind froh, dass Sie das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm fortführen wollen [...]

Im Bereich der Hochschulen, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich der Hochschulen und Forschung erkennen wir unterstützenswerte Ansätze [...] Allerdings sind wir uns nicht so sicher, ob es bei Ihrem Nein zu Studiengebühren bleiben wird. Die Haltung meiner Fraktion dazu ist klar [...]

Ihre Sozialpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen Sie generell unter das Motto: „Fördern und Fordern“ [...] Wenn Sie dafür sorgen, soziale Standards in unserem Land zu sichern, vielleicht sogar zu

erhöhen, wenn Sie weiter daran arbeiten, die medizinische Versorgung auf dem Lande zu sichern, wenn Jugend und Kinder nicht nur als Teil von Familie Ihre Aufmerksamkeit erhalten, sondern als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenständigen Rechten, werden Sie die Unterstützung meiner Fraktion erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

[...] Das Leitbild der Fraktion der Linkspartei.PDS ist, Leben, Arbeiten und Wirtschaften so zu organisieren, dass auch unsere nachfolgenden Generationen über die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für ein würdiges Dasein verfügen können. Mensch und Natur brauchen eine Perspektive in diesem Land. Das bedeutet Nachhaltigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Viele Bereiche – die Landwirtschaft, der Tourismus, die Gesundheitswirtschaft – hängen direkt oder indirekt davon ab, dass die Natur intakt bleibt [...] Meine Damen und Herren, die rot-rote Landesregierung hat in einem mehrjährigen Prozess eine Landesagenda, mit anderen Worten eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Der Begriff „Nachhaltigkeitsstrategie“ taucht im Koalitionsvertrag nicht einmal auf

(Zuruf von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

[...] Aus neun Ministerien acht zu machen, das ist natürlich ein mächtig gewaltiger Wurf [...] Da geht es um die Macht. Und um Machtspiele muss es sich auch gehandelt haben, als Sie das Umweltministerium zerschlagen haben.

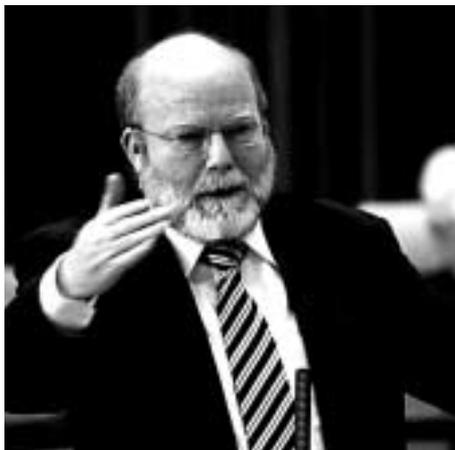
(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von der Linkspartei.PDS: Na klar.)

Gerüchte besagen, Sie haben sich hingesezt, die Anzahl der Abteilungen aufgelistet, gezählt und dann aufgeteilt. Schlimm ist nur, dass Sie das ohne wirklichen Sachverstand getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Reinhard Dankert, SPD:

„Erneuerung mit Augenmaß und sozialer Verantwortung“



„[...] Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung [...] eindrucksvoll den Handlungsrahmen für die neue Regierung geschildert. Er hat ein gutes und zugleich realistisches Bild unseres Landes gezeichnet und klargestellt, dass wir bei allen auch nach wie vor vorhandenen Schwierigkeiten optimistisch und zuversichtlich sein können. [...]

Und, meine Damen und Herren, zu einer solchen Debatte um die Regierungserklärung gehört auch eine nüchterne und ehrliche Bestandsaufnahme. Klar ist, dass sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, sozialdemokratische Finanzpolitik und vor allem ein sozial-

Abfallwirtschaft und Immissionsschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Grundpfeiler der Umweltschutzpolitik in Deutschland.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und das in das Wirtschaftsressort zu geben, ist geradezu aberwitzig [...]

Gut ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen wollen [...] Zwischen der SPD und der Linkspartei.PDS bestand stets Einigkeit darüber, dass dieser Weg unser wichtigster Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landes sein soll. Und ob es Ihnen nun gefällt, meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalition, oder nicht,

der Neubau eines Steinkohlekraftwerkes passt nicht in diese Strategie.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

[...] die Linkspartei.PDS stellt in der 5. Legislaturperiode die größte Oppositionsfraktion. Wir werden diese Rolle mit Herz und Verstand ausfüllen. Wir werden Ihre Politikangebote sehr genau prüfen, sie unterstützen, wenn es sinnvoll ist. Wir werden Kapitalismuskritik und Widerstand üben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Widerstand?)

[...] Aber die Menschen spüren bereits jetzt, dass es nicht egal ist, wer regiert. Der Wind ist bereits rauer geworden. [...]

demokratischer Ministerpräsident dem Land gut getan haben.

[...] Die neue, wiederum SPD-geführte Koalitionsregierung aus SPD und CDU übernimmt eine Aufgabe, die nicht leicht ist. [...] Wir haben ein solides Fundament, auf das wir allerdings aufbauen können. Wir setzen in dieser Wahlperiode weiterhin auf Augenmaß und soziale Verantwortung. Unsere Sozial- und Wirtschaftspolitik verfolgt drei Ziele – soziale Sicherheit, Wachstum und Arbeit.

Zur sozialen Sicherheit: Wir sorgen dafür, dass die Menschen bei allem Wandel sicher sind. Darauf können sie vertrauen.

Wachstum: Wir werden den positiven wirtschaftlichen Trend verstetigen. Wir stellen die Weichen für ein qualitatives Wachstum in wichtigen Zukunftsbereichen.

Und drittens – Arbeit: Wir werden die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen und wir werden dafür sorgen, dass mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden, auch mit Arbeit, die dem Gemeinwohl dient und nicht gewinnorientiert ist.

[...] Ich möchte hier mit unseren sozialpolitischen Zielen beginnen. Mecklenburg-Vor-

pommern wird seine Zukunft nur dann aus eigener Kraft gestalten können, wenn Menschen hier gern leben und gern hierher kommen. Wer hier seine Heimat hat und findet, der braucht Arbeit. Genug Arbeit für alle, die arbeiten wollen und können, das ist nach wie vor unser wichtigstes Ziel. Mehr Wirtschaftskraft und mehr Arbeitsplätze bedeuten soziale Sicherheit. Das Leitbild unserer Politik ist daher der vorsorgende Sozialstaat. Wir wollen diese Menschen durch eine vorausschauende Sozialpolitik dabei unterstützen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Dazu stellen wir stärker aktivierende und präventive Ziele in den Mittelpunkt.

Der vorsorgende Sozialstaat soll Existenzsichernde Arbeit sowie gute Erziehung und Bildung fördern. Armut und Ausgrenzung jeglicher Art müssen verhindert werden. Daher muss Sozialpolitik so früh ansetzen. Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kinder- und Familienpolitik. Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Chancen haben und gesund aufwachsen können. [...]

Wir müssen das Bewusstsein und die Werte zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit wandeln durch eine aktive Politik, die alle Akteure im Land mit einbezieht. [...]

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir in dieser Wahlperiode den wichtigen und schwierigen Schritt zur Umstrukturierung an den Berufsschulen gehen müssen. Ein wirklich schwieriges Thema. Was von den Berufs-

schulen zu hören ist, ist nicht im Interesse der Berufsschüler, ist schon gar nicht im Interesse der Unternehmen. Wir müssen uns jeder Diskussion um zukunftsfähige und qualitativ bessere Berufsschulen stellen. Qualitativ hochwertige berufliche Bildung ist der Grundpfeiler für unsere Wirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land brauchen gut ausgebildete und gut qualifizierte Arbeitskräfte. Und [...] gute Arbeitskräfte müssen auch gutes Geld bekommen.

Auch die Hochschulen müssen sich dieser Herausforderung stellen. Dennoch, wie wird es mit der Studienfinanzierung weitergehen? Die SPD-Fraktion hier im Landtag steht nach wie vor zum gebührenfreien Erststudium.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

[...] Wie ich eingangs ausführte, ist für uns neben der sozialen Sicherheit der Bereich Arbeit und Wirtschaft zentrales Aufgabengebiet. Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Forschung und Infrastruktur. Wissen und Ideen sind unverzichtbar für unsere Arbeitsplätze. Wir stehen in den meisten Märkten nicht im Kosten-, sondern im Qua-

litätswettbewerb. Wir setzen daher auf eine Politik, die Forschung und Produktentwicklung eng miteinander verzahnt. [...]

Für die wirtschaftlichen Entwicklungen ist es zentral wichtig, dass die Häfen des Landes weiterentwickelt und optimal an das Schienen- und Straßenverkehrsnetz angebunden werden. [...]

Zur wirtschaftlichen Entwicklung gehört für mich als Querschnittsthema auch das Thema Gesundheitswirtschaft. Hier müssen wir die Potenziale des Landes weiter nutzen und ausbauen. Ich erwarte ebenfalls erhebliche wirtschaftliche Impulse, insbesondere auch aus dem Agrarbereich.

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Für die SPD-Fraktion ist eines klar: der in der zurückliegenden Wahlperiode fraktionsübergreifend erarbeitete und verabschiedete Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz bleibt bestehen. Er ist für uns aktuell, Schritt für Schritt umzusetzen und finanziell zu untersetzen. Ich gehe davon aus und erwarte von der Landesregierung, dass sie ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegt, in dem alle Ressorts aktiv werden. Wir setzen auf fairen Um-

gang hier im Landtag, fairen Meinungsstreit und gemeinsames Auftreten gegen die Feinde der Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

[...] Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben keine leichten Jahre vor uns.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Dass es uns gemeinsam mit der sozialdemokratischen Finanzministerin gelungen ist, im Jahr 2006 ohne Neuverschuldung auszukommen, ist für die kommenden Jahre keine Selbstverständlichkeit. Das wird harte Arbeit, erfordert schwierige Entscheidungen und auch Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung. Wenn wir die Menschen fragen, werden sie alle dafür sein, dass das Land auch zukünftig ohne Neuverschuldung auskommt. Aber ob sich dann auch alle bewusst sind, was das bei sinkenden Finanzeinnahmen bedeutet? Ob jeder weiß, was es noch für schmerzhaft Einsparungen geben wird? Wohl eher nicht. Wir werden diesen Weg aber gemeinsam gehen müssen mit folgenden Grundsätzen: Mut zur Erneuerung und bei allen Maßnahmen Augenmaß und soziale Verantwortung. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Michael Roof, FDP:

„Blumige Reden statt wirklicher Problemlösung“



„[...] Ein positiver Aspekt [...] ist Ihr Plädoyer für mehr Demokratie und für den Kampf gegen Rechtsextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Da können Sie mit der Unterstützung der FDP [...] rechnen. [...]

Was wir allerdings nicht verstehen, ist das, was uns hier als so genannte Regierungserklärung vorgelegt wird. Es werden Thesen aufgeworfen, es werden schwammige Formulierungen gegeben, aber es wird an keiner Stelle gesagt, wie lösen wir denn eigentlich wirklich die Probleme hier im Land. [...]

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie sagen zu Recht, dass [...] die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Land 2006 gestiegen sind. [...] Aber Sie sagen nicht, dass das Beschäftigungsverhältnis [...] im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland um 0,7 Prozent gestiegen ist. Wir [...] haben wieder einmal die rote Laterne mit [...] 0,4 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Raimund Borrmann, NPD: So ist es.)

[...] Wir haben bei dem Thema „Verkehr und Infrastruktur“ sehr viele sehr schöne Worte von Ihnen gehört. [...] Wir wollen das Problem der A 14, das ist Wismar – Schwerin, die Verlängerung nach Magdeburg, fertig machen. Wir wollen die B 96 auf der Insel Rügen. [...] Im Augenblick haben wir hier die Verbandsklagen immer noch als Möglichkeit und jeder, der irgendwo mal ein ökologisches Problem in irgendeinem Verband erkannt hat, kann uns an der Entwicklung des Landes hindern. Sie müssen uns sagen, wie wir diese Infrastrukturprobleme in diesem Land lösen wollen!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und Jörg Vierkant, CDU – Gino Leonhard, FDP: Jawohl!!)

[...] Sie sind stolz darauf, dass Sie das Abitur nach 12 Jahren wieder eingeführt haben. Wenn unsere Recherchen richtig sind, haben Sie noch in der alten Konstellation SPD und CDU die 13 Jahre eingeführt,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Es gab auch Gründe damals.)

haben hier ein Chaos unter den Lehrern und in der Schulstruktur damit ausgelöst [...] (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

[...] Wir wollen flexible Schulsysteme. [...] (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen auch ein modernes Hochschul-land werden. Das können wir [...], wenn wir

den Hochschulen die Autonomie geben [...], um sich zu entwickeln. (Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir haben leider die Situation, dass die Studenten sehr wohl ganz gerne in den ersten beiden Jahren zu uns ins Land kommen, aber wir schaffen es nicht [...], ihnen hier eine Perspektive zu geben. [...]

Wenn die Regierung etwas zu erklären hat, dann soll sie es bitte auch mit Inhalten unterlegen und nicht mit blumigen Reden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Dr. Armin Jäger, CDU: „Sozial gerecht ist, was dauerhaft Arbeitsplätze schafft“



[...] gut, dass Sie in der Opposition sind, Herr Methling, denn Sie haben immer noch nicht kapiert [...] Wir werden Ihnen zeigen, wir können das viel besser, [...] Für uns jedenfalls gab es ein großes Ziel, nämlich diesem Land damit zu dienen, dass wir eine tragfähige Koalition zusammenbringen. Das haben wir geschafft und daran werden wir auch gemeinsam festhalten.

An Sie, die beiden anderen demokratischen Fraktionen in diesem Landtag, appelliere ich, die ausgestreckte Hand anzunehmen, [...] um für dieses Land, [...] gemeinsam [...] etwas voranzubringen [...]

[...] wir haben dazu eine echte Chance, da unabhängig davon, wie wir jetzt Ursachenforschung betreiben wollen, wer was denn schon bewegt hat, feststeht: Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch unseres Landes hat im Augenblick positive Vorzeichen, be-

gonnen im Jahre 2006. [...] Die Unternehmen haben wieder Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. [...] dass, was vor eineinhalb Jahren in Berlin begann und was wir jetzt tatkräftig unterstützen wollen in dieser großen Koalition, der richtige Weg ist. Lassen Sie uns da unbeirrt weitermachen! (Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Nein, das machen wir nicht, Herr Jäger. – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Das kann nicht funktionieren.)

Ja, das habe ich befürchtet. Herr Holter, Sie können politisch nur reüssieren, wenn Sie den Erfolg möglichst verhindern. [...]

Meine Damen und Herren, [...] der Innenminister Lorenz Caffier (wird) zunächst eine nicht ganz unwichtige Aufgabe haben, und zwar Sicherheit zu garantieren für das größte touristische Ereignis, das Mecklenburg-Vorpommern je erlebt hat, nämlich den G8-Gipfel. [...] aus allen politischen Lagern können Sie unserer Landespolizei dabei helfen, indem Sie da, wo Sie Einwirkungsmöglichkeiten haben, auch die Unterstützung leisten, dass dies ein friedlicher Gipfel bleibt. Darum bitte ich Sie [...] Diese Demokratie, dieser Rechtsstaat lebt davon, dass wir alle für einen friedfertigen Umgang werben. [...]

Wir haben eine neue Justizministerin. Frau Kuder hat eine nicht einfache Aufgabe übernommen. Wir haben in der Legislaturperiode des letzten Landtages einige Dinge miteinander aufgedeckt in einem Untersuchungsausschuss. Hier gilt es, Abhilfe zu schaffen.

Dies ist in Angriff genommen. [...] dieser Rechtsstaat hat es verdient, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, dass im Strafvollzug der Bereich der Rehabilitation des Strafgefangenen einerseits, aber auch der Prävention gegenüber dem Strafgefangenen stärker umgesetzt wird, [...]

Meine Damen und Herren, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hat hier schon eine große Rolle gespielt. Ich brauche mich da nur darauf zu beschränken, dass das erste und für mich wichtigste Signal eine engere Verzahnung zwischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, das Zusammenfassen in einem Ministerium ist. Jürgen Seidel hat [...] keine einfache Aufgabe übernommen, aber für einfache Aufgaben hätten wir ihn auch nicht hergegeben. [...] Und da sage ich Ihnen den Satz, der vielleicht etwas kurz gefasst ist, der aber doch sehr deutlich ausdrückt, was ich meine: Sozial gerecht ist, was dauerhaft Arbeitsplätze schafft. Diesen Satz sollten Sie sich wirklich noch einmal in Ruhe zu Gemüte führen. [...]

In der Wirtschaftspolitik [...] wenden wir uns verstärkt, und ich sage mal für mich persönlich, wieder verstärkt, den kleineren und mittleren Unternehmen zu. [...] Genau deswegen wird es bei dem Wirtschaftsminister den Mittelstandsbeirat geben. [...]

Meine Damen und Herren, Schulen sind hier mehrfach erwähnt worden. Das war im Wahlkampf ein heißes Thema und das wird auch in dieser Koalition ein Thema sein, an dem wir zeigen müssen, wie groß die Gemeinschaft in dieser Koalition ist. [...] Unser erstes Ziel ist, wieder Ruhe in die Schulen zu bringen [...] Schule verträgt nicht, dass man dauernd neue Experimente macht. (Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Genau. – Gabriele Mestán, Die Linkspartei.PDS: Das sehen wir auch so. Wir machen Nägel mit Köpfen.)

Die Tatsache, dass der neue Bildungsminister ein Mann ist, der aus der Schule kommt,
(*Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:
Das ist auch gut so.*)

der diesen Beruf Lehrer richtig gelernt hat,
(*Dr. Wolfgang Methling, Die
Linkspartei.PDS: Der kann ihn auch. –
Heiterkeit bei Gabriele Mestán,
Die Linkspartei.PDS*)

ist für uns ein Stück Programm. Und Sie werden erleben, [...] er wird erst einmal mit den Lehrern, mit den Beteiligten reden [...] ehe er weise Entscheidungen trifft, denn auch Ministerien leiden manchmal darunter, dass sie nicht immer mit den Betroffenen reden. [...]

Um ein Thema hier anzusprechen, das uns [...] zusammengeführt hat, das ist die Frage: Wie gehen wir mit Rechtsextremismus um? [...] Wir wissen auch, dass manche Dinge hätten besser laufen können [...] das ist die

politische Bildung. [...] wir wissen das, [...] Die politische Bildung muss ihrer Aufgabe gerechter werden. [...] Sie muss rausgehen in die Fläche, sie muss Menschen ertüchtigen, sich tatkräftig und streitlustig für diese Demokratie einzusetzen,

(*Dr. Wolfgang Methling, Die
Linkspartei.PDS: Richtig.*)

das ist ganz entscheidend. Aber dazu gehört erst überhaupt einmal, um sich mit etwas zu identifizieren, dass die Kenntnis über demokratische Strukturen, über Abläufe in einer Demokratie von Anfang an in die Schulen geht, in unsere Gesellschaft getragen wird. Jetzt ist es schon fast pathetisch, dass es eine Liebe gibt zu diesem System,

(*Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:*

Um Gottes willen! –

Raimund Borrmann, NPD:

Das wäre das Allerletzte!)

welches uns befähigt, mit Toleranz selbst mit den Herren da drüben auf der Seite umzugehen, die unserer Toleranz dringend bedürfen.

(*Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD*)

[...] mein Ziel ist, dass die Herren am Fenster in der nächsten Wahlperiode nicht mehr bei uns sind.

[...] ich ermahne uns alle und mich eingeschlossen: Lassen Sie uns immer daran denken, ob es diesem Land nützt oder es nur eine persönliche Profilierung ist. Wenn es Letzteres ist, lassen wir es lieber sein und arbeiten für dieses Land. Dafür sind wir angetreten. Ich wünsche diesem Landtag und ich wünsche der jetzt gerade im Amt befindlichen Regierung, deren Regierungserklärung wir hier diskutieren, viel Erfolg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Vielen Dank."

Udo Pastörs, NPD:

„Mecklenburg-Vorpommern ist ärmer geworden“



„[...] Als Fazit Ihrer Regierung [...], Mecklenburg-Vorpommern ist ärmer geworden [...], denn sein Reichtum, seine Menschen haben das Land scharenweise verlassen.

(*Reinhard Dankert, SPD: Und Sie sind gekommen. –Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Heike Polzin, SPD: Das ist ja das Elend.*)

200.000 sind [...] weg und diese Entwicklung geht immer weiter. [...] Sie [...] sagen: Geht raus, Leute! Geht nach Skandinavien [...]! Dort bekommt ihr [...] Arbeit [...] Von

sozialer Gerechtigkeit, von Lebensglück, von Zukunftsperspektiven können viele Menschen in diesem Lande nur träumen. [...] Versuchen Sie doch, Ihre Binsenweisheiten und Ihre Halbwahrheiten 160.000 Menschen zu erklären, die in diesem Land versuchen, Arbeit zu finden, [...]! Erklären Sie es den 200.000 Menschen, die unser Land verlassen mussten, [...]! Und erklären Sie es den Menschen, die irgendwelche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder sogar so genannte Ein-Euro-Jobs annehmen müssen [...] Jedes Jahr 500 Millionen Euro allein für den Zinsdienst [...] Aber wieso hat das Land überhaupt 12 Milliarden Euro Schulden?

(*Zuruf von Egbert Liskow, CDU*)

Und wieso soll es [...] plötzlich möglich sein, Schulden abzubauen, während Sie vorher Schuldenberg auf Schuldenberg angehäuft haben? [...] ist es gar kein Wunder, dass bald 80 Prozent der Lehrer nur teilzeitbeschäftigt werden.

(*Zuruf von Reinhard Dankert, SPD*)

[...] Nein, die Menschen sollen zur Demokratie erzogen werden,

(*Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU*)

[...] es gar nicht auf Werte ankommt oder gar auf Charaktere, sondern darauf, dass die Menschen weiterhin blöde wie die Schafe hinter den Systemparteien herlaufen.

(*Minister Dr. Till Backhaus: Schafe sind nicht blöde. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,*

und Irene Müller,

Die Linkspartei.PDS)

[...] Was an geistiger und seelischer Substanz fehlt, das soll das Materielle ersetzen. [...] Wer die Eigenständigkeit der Völker ignoriert oder gar negiert, wer sie in austauschbare Konsummassen verwandeln will [...] Er nimmt ihnen ihre Identität, ihre Vielfalt, ihre Einzigartigkeit, [...]

(*Heiterkeit bei Irene Müller,*

Die Linkspartei.PDS)

[...] Ich verspreche Ihnen, [...] dass wir diesem Lande als Korrektiv auch in Zukunft erhalten bleiben – Danke schön."

(Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung des Landtages am 31. Januar 2007)

Ladenöffnung in M-V

Öffentliche Anhörung
im Wirtschaftsausschuss

Ein liberalisierter Umgang mit den Ladenöffnungszeiten kann die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus- und Familienlandes Mecklenburg-Vorpommern erhöhen. Darin waren sich die meisten Experten bei der öffentlichen Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz, die der Wirtschaftsausschuss des Landtages am 13. März durchgeführt hat, einig. Bei der Neuregelung der Ladenöffnungszeiten müssten aber neben den wirtschaftlichen auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.



Mit der Föderalismusreform haben die Länder das ausschließliche Gesetzgebungsrecht für den Ladenschluss erhalten. Die Fraktionen der CDU und SPD haben deshalb im Dezember 2006 dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Da das Gesetz Rechte und Pflichten von Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, familienpolitische Fragen, kommunalpolitische Fragen, die Bäderregelung und vor allem auch den Bereich Tourismus berühren wird, hat der Wirtschaftsausschuss einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet, der in der öffentlichen Anhörung am 13. März mit Sachverständigen von verschiedenen Institutionen debattiert wurde.

Eingeladen zur Stellungnahme waren 17 Vereine, Verbände und Initiativen wie Vereinigung der Unternehmerverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V., Handelsverband BAG Mecklenburg-Vorpommern e.V., Einzelhandelsverband Nord e.V., DEHOGA Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Industrie- und Handelskammern zu Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, Werbebe-

meinschaft Altstadt Schwerin e.V., City Initiative Wismar e.V., evangelische, pommerische und katholische Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern, Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V., DGB und ver.di.

In den Stellungnahmen kam zum Ausdruck, dass der liberalisierte Umgang mit den Ladenöffnungszeiten die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus- und Familienlandes Mecklenburg-Vorpommern erhöhen könne. Zugleich werde der erfolgreich praktizierte Bäderregelung ein gesetzlicher Rahmen gegeben. Jedoch seien wirtschaftliche und soziale Aspekte bei der Ausgestaltung des Gesetzes gleichermaßen zu berücksichtigen. Erfahrungen anderer Bundesländer sollten unbedingt mit einbezogen werden. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass die beabsichtigte Freigabe der Ladenöffnungszeiten neben mehr Flexibilität und weniger Bürokratie auch Einschränkungen im familiären, kulturellen und sozialen Bereich bringen könnte.

Demokraten zeigen Präsenz

Besuch des Innenausschusses
in Jamel

Der Innenausschuss hat sich in seiner ersten regulären Sitzung am 18. Januar 2007 des aktuellen Problems des Rechtsextremismus angenommen. Dazu ist er in den kleinen Ort Jamel in der Gemeinde Gägelow gefahren, wenige Kilometer westlich von Wismar gelegen. Nach Medienberichten sollen hier mindestens die Hälfte der etwa 30 Einwohner zu den Rechtsextremisten zu zählen sein. In der Vergangenheit

gab es Meldungen über Übungen von Wehrsportgruppen und Brandstiftungen. Einige Bewohner sind mehrfach einschlägig vorbestraft und sollen Mitbürger eingeschüchtert und vertrieben haben.

Der Innenausschuss des Landtages hat sich vor Ort ein Bild von der gegenwärtigen Lage gemacht. In letzter Zeit hat es hier keine rechtsextremistischen Vorfälle gegeben. Trotzdem empfinden viele die Ruhe als bedrückend und befürchten, dass dieser Ort noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Auch der Verkauf des alten, stark sanierungsbedürftigen Gutshauses wird mit gemischten Gefühlen betrachtet, solange die neue Nutzung noch nicht geklärt ist.

Der Ausschussvorsitzende **Dr. Norbert Nieszery** begründete den Besuch des Innenausschusses damit, ein Zeichen gegen die rechtsextremistischen Bestrebungen zu setzen. Die Landespolitik dürfe keinen Ort vergessen, sondern die Demokraten sollten Präsenz gerade in Problemgebieten zeigen. Nicht nur in diesem Zusammenhang werde der Innenausschuss verstärkt Sitzungen auch außerhalb von Schwerin ansetzen. „Natürlich bildet die Gesetzgebung den Schwerpunkt unserer Arbeit. Dennoch ist es wichtig, sich als Parlament auch vor Ort zu zeigen und so den Bürgern gelebte Demokratie nahe zu bringen“, so der SPD-Abgeordnete.

Im Anschluss an einen Rundgang durch den Ort beriet der Innenausschuss im Jugendclub Gägelow mit dem amtierenden Bürgermeister Ulrich Haroske und dem Innenminister Lorenz Caffier in geschlossener Sitzung über die bisherigen und aktuellen Entwicklungen in dem Ortsteil Jamel. Die Debatte über die richtige Vorgehensweise gegen rechtsextremistische Bestrebungen ist damit noch nicht beendet.





Zu den Gratulanten zählten auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff.

Ehrung für Landesrabbiner

Empfang für William Wolff

Über 100 Gratulanten waren der Einladung der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommerns gefolgt, um Landesrabbiner William Wolff anlässlich seines 80. Geburtstages bei einem Empfang im Schweriner Schloss zu ehren. Unter den Gästen waren neben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur sowie Repräsentanten der christlichen Kirchen, des Islam und der jüdischen Gemeinden.

„Ich freue mich sehr, dass der Empfang zu Ihrem Geburtstag gerade hier, im Schweriner Schloss, am Sitz des Landtages, stattfindet. Ich werte das als ein äußeres Zeichen für unsere Gemeinschaft im Denken, Fühlen und Handeln“, sagte Sylvia Bretschneider in ihrem Grußwort. Sie würdigte Wolff als eine Persönlichkeit, die sich durch ihre Menschlichkeit und ihr unermüdliches Eintreten für Demokratie und Toleranz große Achtung und Anerkennung bei allen kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräften im Land erworben habe. Besondere Anerkennung verdiene Wolff zudem für sein Wirken für die jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. „Dass sich die Menschen jüdischen Glaubens, die vor allem aus den Staaten der früheren Sowjetunion zu uns gekommen sind, hier einzuleben beginnen,

dass sie hier ihr neues Zuhause annehmen, ist wesentlich William Wolff zu verdanken“, betonte Bretschneider. Sie wünschte dem Jubilar Gesundheit und Kraft, viel Freude und Glück sowie weiterhin Erfolg und Erfüllung in seinem Wirken für unser Land.

William Wolff, der 1927 in einer jüdischen Familie in Berlin geboren wurde, emigrierte 1933 mit seinen Eltern zunächst nach Holland und dann nach England. Hier arbeitete er lange Jahre als Journalist und entschloss sich als 50-Jähriger, Rabbiner zu werden. Vor fünf Jahren kam er nach Schwerin und betreut als Landesrabbiner rund 2000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Schwerin, Rostock und Wismar. In Würdigung seiner Verdienste hat ihm die The-

ologische Fakultät der Universität Greifswald im vergangenen Jahr die Ehrendoktorwürde verliehen.

Geprägte Erinnerung

Münzausstellung im Schlossmuseum

Inzwischen hat sie wohl so mancher Schweriner in seinem Portmonee oder sogar als kleines Schwerin-Souvenir an Freunde verschenkt – die Zwei-Euro-Münze, deren Rückseite das Schweriner Schloss ziert. Zeitgleich zur Herausgabe der Münze am 2. Februar hat das Staatliche Museum Schwerin in der historischen Bibliothek des Schlossmuseum die Sonderausstellung „Geprägte Erinnerung – 150 Jahre Schweriner Schloss auf Münzen und Medaillen“ eröffnet. Hier können bis zum 2. September 60 Münzen und Medaillen aus den Beständen des Münzkabinetts des Staatlichen Museums bewundert werden – Medaillen aus dem Jahre 1701, Prägungen mit Auszeichnungscharakter zur Fertigstellung des Schweriner Schlosses 1857, eine Medaille zur Landesgartenbauausstellung 1898 bis hin zu den Entwürfen für die im Rahmen der Bundesratspräsidentschaft 2007 erschienene 2-Euro-Münze mit dem Motiv des Schweriner Schlosses.

Die Münzausstellung reiht sich ein in die vielfältigen Aktivitäten rund um das 150-jährige Schlossjubiläum, das mit einem dreitägigen Fest zu Pfingsten seinen Höhepunkt findet.

Vizepräsident Andreas Bluhm sprach ein Grußwort zur Eröffnung der Ausstellung „Geprägte Erinnerung – 150 Jahre Schweriner Schloss auf Münzen und Medaillen“.



Geliebt, verleumdet, betrogen

Die Gattinnen der Herzöge und ihre Schicksale

Von „Gleichberechtigung“ war zu herzoglichen Zeiten noch nicht die Rede. Geschweige denn von „Gender Mainstreaming“, der modernen Gleichstellungsstrategie! Dennoch – die Frauen der Herzöge von Mecklenburg beziehungsweise Mecklenburg-Schwerin hatten auch damals ihre Bedeutung. Nicht nur, weil das altehrwürdige Adelsgeschlecht ohne sie früh ausgestorben wäre. Die Frauen spielten über die Jahrhunderte ihre Rolle, mal bescheiden im Verborgenen, mal selbstbewusst im Rampenlicht. Mal als starke Frau hinter einem wichtigen Landesvater, und hin und wieder auch als echte Zimtziecke. In der Ahnengalerie des Schlosses wurde auch ihnen ein Denkmal gesetzt.

Auf den mehr als 30 Gemälden, die in langer Reihe vor dem Thronsaal zwölf Generationen hiesiger Regenten bis ins 18. Jahrhundert zeigen, befinden sich auch Porträts herrschaftlicher Gemahlinnen. Die Schweriner Autoren Erika und Jürgen Borchardt haben schon vor Jahren gewissermaßen unter die Leinwand geguckt und hinter einem starren Konterfei oft bewegte und bewegende Schicksale gefunden*. Auch bei den Frauen.

Anna Sophie von Preußen, Gemahlin von Herzog Johann Albrecht I., dürfte beispielsweise eher zu den stillen Geschlechtsgenossinnen zählen. „Die Herzogin trat außerhalb ihrer Repräsentationsaufgabe wenig in Erscheinung“, schreiben die Autoren. Dennoch zeigt ihr Porträt, das 1574 entstand, sie in prunkvollem Gewand – ganz im damals an europäischen Fürstenhöfen populären Stil spanischer Mode. Das Kleid reich mit Gold und Edelsteinen bestickt, das Haarnetz mit Perlen verziert. Der Frau, die 1591 als Witwe in Lübz verstarb, verdankt die Nachwelt ein wertvolles Baudenkmal, das in Wismar wohl bei keiner Stadtführung fehlt: den erst kürzlich restaurierten



Isabelle Angelique
von Montmorency – Bouteville

Fürstenhof, in dem sich heute das Amtsgericht der Hansestadt befindet. Johann Albrecht hatte das Gemäuer anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten errichten lassen.

Mehr von sich reden machte seine Schwiebertochter Sophie von Holstein (1569-1634). Allerdings, wie die Autoren herausfanden, eher auf traurige Weise. In jungen Jahren bereits verwitwet, führte sie offenbar ein karges Dasein auf dem Witwensitz in Lübz. „Betrogen und verleumdet von den Räten und Verwaltern des Landes, verkannt und gemieden von ihren eigenen Söhnen“, heißt es in dem Buch. Geiz wurde ihr vorgeworfen. Dabei sollen es die Beamten – mit der Verwaltung des Landes betraut, bis die Herzogssöhne alt genug waren – gewesen sein, die in die eigene Tasche wirtschafteten. Als ihre Söhne später während des 30-jährigen Krieges von Wallenstein des Landes verwiesen wurden, sei ihr Witwensitz so etwas wie eine Exilregierung geworden.

Wirklich ausgebufft war offenbar die schöne Isabelle Angelique von Montmorency-Bouteville (1626-1695), die zweite Frau des charismatischen Christian Louis I. – einem großen Verehrer französischer Lebenskunst und häufiger Gast am Hofe des Sonnenkönigs Ludwig XIV. Die Französin, selbst bereits Witwe, war, wie die Borchardts schreiben, hoch verschuldet, als sie den Mecklenburger Herzog ehelichte. Sie habe gewieft einen Ehepakt ausgehandelt. „Haftung des Gatten mit dem gesamten Besitz für das Vermögen der Herzogin...; im Falle von Christians Tod die Festung Dömitz als Witwensitz und uneingeschränkte Regentschaft über Mecklenburg“, habe es darin geheißen. Bei ihrem einzigen Aufenthalt in Schwerin soll sie das Schloss geplündert haben.

Sophie Charlotte von Hessen-Kassel (1678-1749) dagegen erlitt ein Schicksal, das sicher auch andere Herzoginnen mit ihr teilten. Ihr Gatte Friedrich Wilhelm soll es schon in jungen Jahren so wild getrieben ha-



Charlotte Sophie
von Sachsen-Coburg-Saalfeld

ben, dass „es ihm die Gesundheit ruinierte“ und er keine Kinder mit der rechtmäßigen Gattin mehr zeugen konnte.

Charlotte Sophie von Sachsen-Coburg-Saalfeld (1731-1810) und Ludwig schließlich „sprangen“ für einen anderen Landesfürsten in die Bresche und schenken dem Land den lang ersehnten Erbprinzen: Friedrich Franz I. Der damalige Regent nämlich war Ludwigs Bruder Friedrich der Fromme und ebenfalls kinderlos geblieben. Sein Neffe Friedrich Franz übernahm später das Zepter und wurde ab 1815 erster Großherzog von Mecklenburg.

Dessen Enkel wiederum, Paul Friedrich, heiratete eine Prinzessin, die eine besonders beliebte Landesmutter werden sollte: Alexandrine von Preußen, Tochter der legendären Königin Luise. 70 Jahre lang lebte die Großherzogin in Mecklenburg. Drei Stiftungen für Bedürftige hat sie gegründet, darunter auch die „Kleinkinderschule“ – einen Vorläufer heutiger Kindergärten. Alexandrine hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die Residenz wieder von Ludwigslust nach Schwerin verlegt wurde. Ihr Sohn schließlich, Friedrich Franz II., wurde der bedeutendste Bauherr des Schlosses, das 1857 mit großem Pomp eingeweiht wurde.

(* „*Mecklenburgs Herzöge, Ahnengalerie Schloss Schwerin*“ Demmler Verlag 1991, ISBN 3-910150-07-1)



Bei seinem Antrittsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern am 13. Februar besuchte der Generalkonsul des Königreichs Norwegen, Morten Paulsen, auch den Landtag. Hier wurde er von Vizepräsidentin Renate Holznagel begrüßt und trug sich ins Gästebuch ein. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen des Tourismus und der Landwirtschaft. Renate Holznagel informierte Morten Paulsen über die Strategien des Landes bei der Tourismusentwicklung und warb auch für die vielfältigen touristischen Angebote im Binnenland. Beim Thema Landwirtschaft interessierte sich Morten Paulsen vor allem für alternative Energieerzeugung, z.B. in Biogasanlagen, sowie für die Erzeugung und Nutzung von Biodiesel. Ein drittes Thema war die Schiffssicherheit auf der Ostsee.



Am 15. März 2007 besuchte der neue Kommandant der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“, Fregattenkapitän Ulrich Reineke, in Rahmen seines Antrittsbesuchs in Mecklenburg-Vorpommern auch den Landtag. Hier wurde er von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider empfangen und trug sich ins Gästebuch des Landtages ein. Im Gespräch mit der Präsidentin betonte Reineke, dem die „Mecklenburg-Vorpommern“ seit dem 30. Juni 2006 untersteht, dass er die Beziehung der Besatzung zum Patenland und Namensgeber ihres Schiffes weiter vertiefen will. Die Präsenz der Fregatte auf der Hanse-Sail sei bereits Tradition, aber darüber hinaus strebe er vielfältigere Kontakte zwischen der Besatzung und der Bevölkerung an. Noch für diesen Sommer plane er einen Besuch mit einem Teil der Besatzung in der Landeshauptstadt Schwerin. Für das Programm sagte ihm Sylvia Bretschneider jegliche Unterstützung zu.

Eine Delegation russischer Unternehmer aus St. Petersburg besuchte auf Einladung des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft vom 7. bis 11. März Mecklenburg-Vorpommern. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche und Besichtigungstermine im Land standen Fragen der Energieproduktion, Energieeffizienz und Energienutzung. Ziel war neben dem Informationsaustausch mit hiesigen Unternehmen der Aufbau von Kooperationen zwischen Verbänden und Unternehmen beider Länder. Zum Programm gehörte auch ein Besuch im Landtag, wo die russischen Gäste am 8. März von Hans Kreher (2.v.l.) herzlich begrüßt wurden. Der 3. Vizepräsident des Landtages informierte über die Zusammensetzung des Parlaments und die Schwerpunkte der politischen Arbeit im Land. Der FDP-Politiker betonte, dass Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung auf der politischen Agenda im Land einen hohen Stellenwert besitzen, nicht zuletzt, um der Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zu bieten.



Adressfeld für Abonnenten



Seit Januar 2007 wird das Konsulat des Königreichs Schweden in Hamburg durch Bengt Lundborg geleitet. Bei seinem Antrittsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern am 1. März besuchte der Diplomat auch den Landtag, wo er von Andreas Bluhm (r.) begrüßt wurde und sich ins Gästebuch eintrug. Der 2. Vizepräsident des Landtages informierte den Diplomaten über die Neuformierung des Landtages nach der Wahl vom September 2006 und über die Schwerpunkte der Parlamentsarbeit in den kommenden Monaten. Ein weiteres Gesprächsthema war die geplante Fehmarn-Belt-Brücke. Bluhm erklärte dem schwedischen Gast die Sorgen insbesondere der Häfen des Landes, durch die Brücke Aufträge zu verlieren. Lundborg dagegen sieht in der Brücke vor allem Chancen für die weitere Entwicklung der europäischen Verkehrswege und ist überzeugt, dass davon auch Mecklenburg-Vorpommern profitieren wird.